

## Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) in Gastfamilien<sup>1</sup>

### Ergebnis eines bundesweiten Screenings erster konzeptioneller Ansätze, Materialien und praktischer Erfahrungen

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Minderjährigen Unbegleiteten Flüchtlinge (UMF) stark an. Die Hauptherkunftsländer waren 2014 (geordnet nach Häufigkeit): Afghanistan, Eritrea, Somalia und Syrien.<sup>2</sup> Zu den generellen Fluchtgründen wie Krieg, Verfolgung und wirtschaftliche Not kommen kinderspezifische wie der Einsatz als Kindersoldaten, Zwangsheirat und Gewalt in der Familie. Für das Jahr 2015 wird damit gerechnet, dass ca. 20.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland kommen, und viele von ihnen damit auch in die Obhut der Jugendämter. Damit sieht sich die Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf die Weiterentwicklung adäquater Hilfeformen, insbesondere im Bereich der Anschlusshilfen nach der Erstversorgung, vor neue Herausforderungen gestellt.

Für UMF in der Kinder- und Jugendhilfe allgemein gibt es inzwischen erste Handlungsempfehlungen und Qualitätsstandards, welche vom Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige (B-UMF) unter den Rubriken ‚Themen‘ sowie ‚Literatur‘ ([www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)) gesammelt und bereitgestellt werden.

Zentral und aktuell sind hier zu nennen:

- Handlungsempfehlung der BAGLJ zum Umgang mit Minderjährigen Flüchtlingen, 2014 ([www.b-umf.de/images/bagl\\_j\\_handlungsempfehlungen\\_umf\\_2014.pdf](http://www.b-umf.de/images/bagl_j_handlungsempfehlungen_umf_2014.pdf))
- Erhebung zu Inobhutnahmen von Unbegleiteten Minderjährigen des B-UMF, 2015 ([www.b-umf.de/images/inobhutnahmen-2015-web.pdf](http://www.b-umf.de/images/inobhutnahmen-2015-web.pdf))
- Qualitätsstandards Minderjährige Unbegleitete Flüchtlinge in Bremen – Erstkontakt und Unterbringung, 2013 ([www.b-umf.de/images/bremen-handreichung-2013.pdf](http://www.b-umf.de/images/bremen-handreichung-2013.pdf))
- Grundlagen für Beratung und Arbeit mit UMF n der Jugendhilfe, 2011, ([www.soziales.niedersachsen.de/download/61841](http://www.soziales.niedersachsen.de/download/61841))

---

<sup>1</sup> Die Begriffe Gast- bzw. Pflegefamilie für UMFs werden häufig synonym und regional unterschiedlich verwendet. Die Mehrzahl der Jugendämter benutzt den Begriff ‚Gastfamilie‘, um hierin zum Ausdruck zu bringen, dass es sich i.d.R. nicht um eine Hilfe mit dem Ziel des Aufbaus einer klassischen Eltern-Kind-Beziehungen handelt. Sie betonen jedoch, dass hiermit keinesfalls niedrigere Bedarfe oder abgesenkte Standards verbunden werden dürfen. In Übereinstimmung mit den BMFSFJ wird in dieser Bestandsaufnahme ebenfalls der Terminus ‚Gastfamilie‘ verwendet.

<sup>2</sup> Quelle: taz vom 22.9.2015: Junge Flüchtlinge in Deutschland

Bei der an die Erstaufnahme anschließenden Unterbringung ist die stationäre Unterbringung in Wohngruppen nach § 34 SGB VIII die am häufigsten gewählte Hilfeform. Es besteht jedoch Bedarf, nachgerade für ältere Kinder oder jüngere Jugendliche bzw. für Jugendliche mit einem emotionalen Nachhol- oder familiärem Versorgungsbedarf, auch die Hilfeform ‚Gastfamilie für UMF‘ forciert zu entwickeln.

Was dies für die Standards der Pflegekinderhilfe bedeutet, angefangen bei der Akquise von geeigneten Familien, den Kriterien für die „Eignung“ der Gastfamilien, über die Schulung der Gastfamilien bis hin zum Qualifizierungsbedarf der Fachkräfte, ist bislang noch nicht beschrieben. Überrumpelt von der Größenordnung, in der jugendliche Flüchtlinge innerhalb von Wochen zu **der** Herausforderung in der Jugendhilfe wurden, haben sich vielerorts Jugendämter und Freie Träger aufgemacht, Gastfamilien zu suchen und für die Aufnahme eines jugendlichen Flüchtlings zu werben. Über die konzeptionelle Einbettung und die Integration vor Ort wird und wurde, der Not gehorchend – in den allermeisten Fällen „on-the-job“ entschieden.

### **Auftragsbeschreibung und Zielsetzung**

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage hat das Kompetenzzentrum Pflegekinder e.V. in enger Kooperation und mit Förderung aus dem BMFSFJ eine Bestandsaufnahme bereits bestehende Ansätze und Erfahrungen in Bezug auf Konzeption, Akquise, Schulung und Begleitung der Gastfamilien durchgeführt und bisher erworbenes Erfahrungswissen im Hinblick auf Best Practice und vermeidbare Fehler zusammengetragen.

Aus gelingenden Praxisverläufen abgeleitet sollen entwickelt werden, die in einem Expert\_innengespräch auf ihre Praktikabilität hin abgeklöpft werden sollen.

Das Zusammentragen dieser Daten und der Blick auf gelingende Praxisverläufe dient als Grundlage für ein Expert\_innengespräch von Fachleuten aus den Bereichen Pflegekinderhilfe und UMF mit dem Ziel der Formulierung von ersten Orientierungslinien für die Praxis sowie von ersten Eckpunkten für Standards und Curricula für die Qualifizierung von Gastfamilien und Fachkräften. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass diese Erhebung ausschließlich die Perspektive der Jugendhilfe beleuchtet. Weiterführende Erhebungen, in denen Pflegeeltern von UMF sowie die Jugendlichen selbst nach Erfahrungen und Bedarfen befragt werden, wären notwendig, insbesondere um ein umfassendes Bild über vorhandene Qualifizierungs-, Schulungs- und Begleitungsbedarfe zu erhalten.

### **Verfahren der Datenerhebung**

Die Bestandsaufnahme erfolgte im September und Oktober 2015. Im ersten Schritt wurde eine internetbasierte Presserecherche durchgeführt, um Kommunen zu ermitteln, die im Bereich ‚Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge‘ aktiv sind. Ziel der Erhebung war nicht eine lückenlose Gesamtdarstellung (was angesichts des rasanten Wandels auch wenig sinnvoll erscheint), sondern die Erstellung eines fundierten Überblickes.

**Kommentiert [B1]:** Der Absatz passt so nicht, deshalb habe ich ihn in den nächsten integriert

In einem zweiten Schritt folgte eine eingehende telefonische Befragung der Landesjugendämter und ausgesuchter kommunaler JÄ und Träger der Jugendhilfe. Letztere waren entweder aus der Presserecherche bekannt oder wurden von anderen Interviewpartnern als in diesem Bereich aktiv genannt. Auf der Ebene der kommunalen Jugendämter wurde mit den für diesen Bereich Zuständigen gesprochen, deren subjektive Situationsdarstellung, Einschätzung und Haltung in der nachfolgenden Darstellung wiedergegeben wird. Angefragt wurde auch die Bereitstellung von internem Schulungsmaterial, Verfahrensabläufen und spezifizierten Eignungskriterien.

Der Zeitpunkt der Umfrage kurz vor Inkrafttreten des sogen. ‚Umverteilungsgesetzes‘ hat die Umfrage insofern ungünstig beeinflusst, als dass die Kommunen derzeit über völlige Überlastung klagen und sich vertiefende Gespräche zum gegenwärtigen Zeitpunkt als zum Teil nicht realisierbar erwiesen.

Neben den Jugendämtern und Freien Trägern wurde auch der Bundesverband Unbegleiteter Minderjährige (B-UMF) im Hinblick auf die dort gesammelten Erfahrungen aus dem Bereich UMF in Gastfamilien befragt.

Es wurden insgesamt 38 telefonische Befragungen durchgeführt und 27 ausführliche Gespräche (15-60min) protokolliert. Zudem wurde öffentlich zugängliches Material (Konzepte, Schulungsprogramme, Zeitungs- und Internetaufrufe, Flyer) sowie internes Material (spezifizierte Bewerberbögen, Verfahrensabläufe, Schulungsmaterial) gesammelt. Die Interviews und das Material bilden die Grundlage für nachfolgende Ausführungen. Ein deutlicher Schwerpunkt der Datenerhebung lag in den westlichen Bundesländern (siehe hierzu weiter unten).

## **Bestandsaufnahme**

### **1. Was gibt es bereits in der Pflegekinderhilfe, den Vormundschaften, der UMFs:**

Bei der Befragung wurde deutlich, dass drei Hilfeformen konzeptionell zu unterscheiden sind:

- die Unterbringung von UMF in Gastfamilien während der Clearingphase als Übergangs- bzw. Bereitschaftspflege
- die Vermittlung und Begleitung von UMF in Verwandtschaftspflege
- und die Vermittlung von UMF in Gastfamilien nach der Clearingphase mit einer „dauerhaften“ Perspektive (bis zur Volljährigkeit und evtl. darüber hinaus).

Während es für die erste Hilfeform vereinzelt Ansätze gibt (JA Trier, JA Eschweiler), existieren für die Verwandtenpflege bislang keine eigens entwickelten Konzepte. Diese müssten sich einerseits auf die in der Realität häufig praktizierte gemeinsame Unterbringung von Minderjährigen mit ihren Verwandten beziehen, um auch für diese Fälle eine am Einzelfall orientierte Unterbringung im Kindeswohl zu gewährleisten und die Familien zu beraten und zu begleiten. Andererseits haben allein eingereiste Jugendliche nicht selten Verwandte, die andernorts in der Bundesrepublik untergebracht sind. Für diese Zielgruppe

wären Konzepte zu entwickeln, die erstens eine systematische Suche nach Verwandten beinhalten und zweitens das Ausloten von Möglichkeiten einer Familienzusammenführung und begleiteten Verwandtenpflege zum Gegenstand haben.

Die nachfolgende Bestandsaufnahme bezieht sich vorrangig auf UMF in Gastfamilien als „dauerhafte“ Variante der Vollzeitpflege nach der Clearingphase.

Basierend auf den ersten Ergebnissen des Screenings lässt sich zusammenfassend sagen, dass – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Jugendämter und freien Träger derzeit überwiegend allererste Erfahrungen in diesem Bereich machen. Fast alle Gesprächspartner\_innen betonen, dass es derzeit einen sehr hohen Austausch- und Beratungsbedarf für die Entwicklung geeigneter Konzepte und die Vermeidung von Fehlern gäbe. Darüber hinaus äußerten die Gesprächspartner\_innen ein großes Interesse daran, die Ergebnisse dieses Screenings zugänglich gemacht zu bekommen.

Der zahlenmäßige Anteil der Hilfeform „Gastfamilie“ als Unterbringung nach § 33 SGB VIII ist im Verhältnis zu anderen, stationären Unterbringungsformen nach § 34 SGB VIII (stationäre Einrichtungen, Wohngruppen, ...) relativ gering (bei den Befragten etwa zwischen 1-5%), wird aber vielerorts u.a. aufgrund der knapp werdenden Einrichtungsplätze als von zunehmender Bedeutung eingeschätzt.

Mit Ausnahme von Sachsen und Sachsen-Anhalt berichten alle Befragten, dass im Sommer 2015 seitens der Bevölkerung ein enorm großes Interesse an der Aufnahme eines unbegleiteten Flüchtlings (auch ohne vorherige Öffentlichkeitsarbeit) zu verzeichnen war. Alle Befragten berichteten aber auch, dass es bei vielen Interessent\_innen falsche Vorstellungen in Bezug auf UMF gibt und sich bei sehr vielen das Interesse auf die Aufnahme eines kleineren Kindes bezieht.

Über diese Gemeinsamkeiten hinaus ergibt sich auf allen Ebenen ein ausgesprochen heterogenes Gesamtbild. Nachfolgend wird versucht, die Komplexität des Vorgefundenen zu systematisieren. Dabei wird zunächst erhoben, was auf der Ebene der Landesjugendämter, der Kommunen und schließlich einzelner Träger vorzufinden ist, und ggf. als Basis für die Beschreibung von „Best-Practice“ dienen kann.

#### **a. Auf der Ebene der Landesjugendämter (LJÄ)**

Auf der Ebene der Landesjugendämter zeigt sich ein sehr uneinheitliches Feld, welches grundsätzlich durch eine sehr starke Ost-West-Differenz beschrieben werden kann. Mit Ausnahme von Brandenburg (s.u.) gaben die befragten LJÄ in den **östlichen Bundesländern** an, dass die Vermittlung von UMF in Gastfamilien derzeit kein Thema für sie sei. Hierfür wurden unterschiedliche Gründe angegeben:

- Durch die bevorstehende Umverteilung von UMF in die eigene Zuständigkeit sei man derzeit vollkommen überlastet und es sei noch nicht einmal die Grundversorgung (Unterbringung und Versorgung) geklärt und gesichert.

- Die Vermittlung in Gastfamilien wurde als nicht realistisch eingeschätzt, da die Akquise von Pflegefamilien im Osten der Republik ganz grundsätzlich sehr schwierig sei. Die Menschen seien mit ihren eigenen Problemen belastet und würden sich nicht noch die Probleme anderer ins Haus holen wollen.
- Die deutlich stärkere Vollzeitwerbsarbeit von Frauen würde eine solche Hilfeform nicht sinnvoll erscheinen lassen.
- Es gab starke Vorbehalte in Bezug auf die häufig muslimische Religion der UMF. Diese sei mit „unseren Werten“ schwer vereinbar und „bis die Jugendlichen Demokratie und Geschlechtergleichheit gelernt hätten, seien sie auch schon fast volljährig“.
- Ein Imam aus Sachsen habe von der Aufnahme von muslimischen Jugendlichen abgeraten. Viele JÄ würden sich daran orientieren.

#### **LJA Brandenburg**

Laut Aussage des LJA ist Brandenburg im Bereich Akquise von Pflegeeltern generell gut aufgestellt. Mit der Vermittlung von UMF in Gastfamilien gibt es derzeit noch keine nennenswerten Erfahrungen aus der Praxis. Aufgrund von zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung gab es im Sommer/Herbst 2015 erste Austauschtreffen der Landkreise und Info-Veranstaltungen für Interessent\_innen. Ausgehend von der Grundsatzentscheidung, in Brandenburg keine Schnellschulungen durchzuführen, wird derzeit in Kooperation mit der FH Potsdam ein eigenes Curriculum für die Schulung von Pflegeeltern entwickelt. Die Schulung soll ab Anfang 2016 zentral in Potsdam angeboten werden. Zudem hat das Landesjugendamt den Pflegekinderdienst der Kommunen Material des JA Nürnberg (Fragebogen Bewerber\_innen, spezifizierte Eignungsprüfungen, spezifizierte Verfahrensabläufe) als Orientierungshilfe zur Verfügung gestellt.

In den **westlichen Bundesländern** gab es eine sehr große Diversität an Einschätzungen, welche in ihren Grundtendenzen von:

- „haben wir mal gemacht, war nicht erfolgreich, machen wir nicht mehr“,
- „angesichts der hohen Zahlen und eines ungünstigen Aufwand-Ertrag-Verhältnisses können wir diese Hilfeform nicht forcieren“,

über

- „wir möchten diesen Bereich, auch angesichts der knapper werdenden Unterbringungsmöglichkeiten in Einrichtungen, verstärkt voran bringen“

bis hin zu

- „wir haben eine mehrjährige positive Erfahrung, eigene Konzepte und wollen diesen Bereich deutlich befördern“

reichte.

Die Bereiche UMF und Pflegekinderdienst sind auf der Ebene der Landesjugendämter (LJA) administrativ getrennt. Die Verbindung von beiden findet deshalb häufig erst auf der kommunalen Ebene statt. Hieraus erklärt sich auch, dass es auf dieser Verwaltungsebene i.d.R. bislang kein Gesamtkonzept gibt und häufig an einzelne kommunale Jugendämter (JÄ) weiterverwiesen wurde. Eine deutliche Ausnahme bildet hier das LJA Niedersachsen, bei dem der Bereich UMF in Gastfamilien durch den Bereich Hilfen zur Erziehung / Pflegekinderhilfe explizit mit abgedeckt wird.

#### **LJA Niedersachsen**

Im Bereich Vollzeitpflege des Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie gibt es seit mehreren Jahren Bestrebungen, die Unterbringung von UMF in Gastfamilien auf einem hohen Qualitätsniveau zu befördern. Zu diesem Zweck gibt es zahlreiche Kooperationen und Vernetzungen (insbesondere mit der Jugendhilfe Südniedersachsen e.V., PiB gGmbH Bremen, Hochschule Hannover, Uni Hildesheim, Kompetenzzentrum Pflegekinder e.V.). Aufbauend auf einem sich in der Abschlussphase befindlichen Projekt zu Migration in der Pflegekinderhilfe (gemeinsam mit der Universität Hildesheim), sollen im nächsten Jahr die „Niedersächsischen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Vollzeitpflege“ für den Bereich UMF in Vollzeitpflege spezifiziert und die Hilfeform ‚Gastfamilie‘ als eigene Pflegeform mit aufgenommen werden. Rückgekoppelt und verknüpft sind diese Maßnahmen der Qualitätsentwicklung an die Erfahrungen aus der Praxis, hier insbesondere des JA Region Hannover, welches ein eigenes Konzept zu Gastfamilien entwickelt hat sowie mit der Jugendhilfe Südniedersachsen e.V.

Es gibt auf der Ebene der LJÄ bislang keine einheitliche Empfehlung zur Einordnung der Hilfeform ‚UMF in Gastfamilien‘ als Allgemeines Vollzeitpflege oder Sonderpflege und auch keine einheitlich definierte oder vereinheitlichte Verwendung der Begrifflichkeit (Gastfamilie oder Pflegefamilie).

#### **b. Auf der Ebene der Kommunen (JÄ)**

##### Ost-West-Differenz:

Auf der Ebene der Kommunen zeigt sich die deutliche Ost-West-Differenz ebenfalls als grundlegender Befund:

In den ostdeutschen Bundesländern haben einzelne Kommunen jüngst Zeitungsaufrufe mit der Suche nach Gastfamilien veröffentlicht (z.B. Potsdam und Leipzig).

Im Westen gibt es zum Einen Kommunen, die schon länger in diesem Feld aktiv sind und zum Anderen zahlreiche einzelne Jugendämter, die sich jüngst auf den Weg gemacht haben. Zu beachten ist jedoch, dass die jeweilige Vorgehensweisen und Konzepte aufgrund sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Ausgangssituationen (s.u.) nur bedingt vergleichbar bzw. übertragbar sind.

#### Bereichszuordnung:

Ebenfalls uneinheitlich ist die strukturelle Zuordnung des Bereiches ‚Gastfamilien für UMF‘ in den einzelnen Kommunen: es überwiegt die Zuordnung zum Pflegekinderdienst, es gibt aber auch Kommunen, in denen eigene Abteilungen für UMF bzw. für Flüchtlinge zuständig sind und solche, in denen es noch keine klare Regelung der Zuständigkeiten gibt bzw. beide Abteilungen aktiv sind (u.a. aufgrund mangelnder Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohngruppen). Einige Kommunen haben die Bereiche allgemeiner Pflegekinderdienst und ‚UMF in Gastfamilien‘ getrennt: ersteres bei JÄ, letzteres bei freien Trägern. Als Begründungen wurde genannt: mangelnde Ressourcen auf Seiten der JÄ, höhere fachliche Expertise bei Trägern, die sich auf die Arbeit mit UMF spezialisiert haben sowie Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten.

#### Vormundschaften:

In den Zuständigkeitsbereich der Kommunen fallen auch die Vormundschaften. Anteilig überwiegen bislang überall die Amtsvormünder (AVs), die in den letzten Monaten personell vielerorts massiv aufgestockt wurden. Zusätzlich gibt es an vielen Orten verstärkte Bemühungen, Einzelvormünder zu gewinnen bzw. Vereinsvormundschaften einzurichten. Eine Herausforderung stellt die Tatsache dar, dass die Vormünder (AVs und ehrenamtliche) bis auf die Ausnahme von Hessen auch für die Klärung und Beratung in Bezug auf asyl- und ausländerrechtliche Fragen zuständig sind. Es wird zum einen gezielt nach AVs mit dieser Expertise bei der Neueinstellung gesucht. Zugleich ist das Asyl- und Ausländerrecht als hochkomplexes Feld jedoch nur schwer ohne juristische Ausbildung abzudecken. Einige JÄ haben deshalb zur Akquise von Einzel- bzw. Vereinsvormundschaften mit fachjuristischer Kompetenz gezielte Kooperationen mit Organisationen aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe aufgebaut (z.B. Stuttgart). Da die Expert\_innen aus der Praxis berichten, dass die Klärung des Aufenthaltsstatus für die Jugendlichen **die** zentrale und alltagsbestimmende Frage darstellt und somit als Thematik für die Gastfamilien von sehr hoher Bedeutung ist, kommt den Vormundschaften eine zentrale Rolle bei der Entlastung der Gastfamilien zu.

#### **Situationsbeschreibung einzelner Kommunen**

Die Situation in den kommunalen JÄ lässt sich durch ein jeweils spezifisches Zusammenspiel nachfolgender Parameter erfassen:

- Größe der Kommunen

- Flächenstaat (Land) oder (Groß-)stadt
- geografische Lage
- finanzielle und personelle Ressourcen
- Anzahl der Inobhutnahmen insgesamt
- Umfang der Praxiserfahrung mit der Unterbringung UMF in Gastfamilien
- Vorhanden/Nicht-Vorhandensein konzeptioneller Grundlagen für diesen Bereich
- Kooperationen mit Freien Trägern oder Organisationen mit spezifischer Fachkompetenz

Es lassen sich für jede denkbare Kombination dieser Parameter Beispielmunicipien finden.

So handelt es sich z.B. bei München um eine Kommune, die, durch ihre geografische Lage bedingt, die höchsten Fallzahlen für Inobhutnahmen von UMF aufzuweisen hat (derzeit ca. 4500). In absoluten Zahlen ist die Anzahl der bestehenden Pflegeverhältnisse mit derzeit 30 im Stadtgebiet und weiteren 30 in angrenzenden Kommunen die derzeit höchste im gesamten Bundesgebiet. Ein umfassendes eigenes Konzept für diesen Bereich der Pflegekinderhilfe, welches in Relation zu der hohen Zahl der Inobhutnahmen steht, liegt hier jedoch noch nicht vor, was u.a. im Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen begründet wird.

Auf das Stadtgebiet bezogen hat Bremen mit derzeit 25 bestehenden Pflegeverhältnissen (die durch derzeit laufende Vermittlungsverfahren bis Ende 2015 auf ca. 40 erhöht werden können) eine annähernd gleiche Anzahl. Die Zahl der Inobhutnahmen UMFs beträgt dort derzeit ca. 700. Der zentral für die Pflegekinderdienst zuständige Träger PiB gGmbH arbeitet nach einem seit 2011 bestehenden eigenen Konzept ‚Kinder im Exil‘ und verfügt damit über eine mehrjährige Praxiserfahrung. Auch Nürnberg arbeitet nach einem eigenen Konzept, belegt Gastfamilien jedoch erst seit Ende 2014 und verzeichnet gegenwärtig 12 laufende Pflegeverhältnisse. Saarbrücken hat seit Anfang des Jahres? ca. 600 UMF in Obhut genommen, vermittelt aber ausschließlich in Gastfamilien im Bereich Übergangspflege während der Clearingphase, an die sich i.d.R. eine stationäre Unterbringung in einer Wohngruppe anschließt. Die Vermittlung von UMF in Gastfamilien als Form der Anschlusshilfe nach der Clearingphase fand in der Vergangenheit vereinzelt statt, wird derzeit jedoch aus Mangel an Ressourcen nicht weitergeführt.

Die Stadt Frankfurt hat derzeit 1.600 UMF in Obhut, sieht sich aber aufgrund mangelnder Ressourcen und der vorrangig sicherzustellenden Grundversorgung außer Stande, diese in Gastfamilien zu vermitteln.

Zahlreiche kleinere Kommunen mit Inobhutnahmen zwischen 100-300 UMF haben zur Aufnahme eines Jugendlichen in Gastfamilien aufgerufen, derzeit aber nur vereinzelt bestehende Pflegeverhältnisse und arbeiten entweder mit übernommenen Konzepten aus Bremen, Nürnberg oder Hamm oder ohne spezifisches Konzept.

**Kommentiert [A2]:** s.vorne: Inobhutnahmen dürfen nur kurz dauern. Daran müssen sich Unterbringungen anschließen. Insofern können diese zählen nicht statisch sein, sondern müssen sich auf etwas beziehen: Seit Anfang des Jahres?

**Kommentiert [A3]:** Wenn sich die Zahlen nicht verifizieren lassen, lieber ganz rausnehmen.

**Kommentiert [B4]:** Ich überprüfe diese Zahl gerade noch. Habe jüngst ganz unterschiedliche Zahlen gehört



Das **JA Nürnberg** hat bereits 2011 ein eigenes Konzept zur Vermittlung von UMF in Gastfamilien erstellt. Dieses umfasst spezifizierte Verfahrensabläufe, Eignungskriterien, einen Fragebogen an Bewerber\_innen (siehe Punkt 2.e.) und ein eigenes Schulungsprogramm.

### c. Auf der Ebene der Freien Träger

Die in diesem Feld tätigen freien Träger kommen sowohl aus dem Bereich der Pflegekinderhilfe als auch aus dem Bereich der stationären Betreuungseinrichtungen für UMF. Die den Freien Trägern übertragenen Aufgaben variieren: in einigen Kommunen übernehmen sie das komplette Paket Akquise, Eignungsprüfung, Schulung, das Matching und die Begleitung der Gastfamilien. In anderen sind die Aufgaben aufgeteilt: so findet z.B. in Hamburg die Eignungsprognose inklusive der Vorbereitung der Bewerber\_innen durch freie Träger, die Eignungsprüfung jedoch durch das JA statt. In Trier z.B. ist der freie Träger ausschließlich für die Akquise, Betreuung und Begleitung der Familien zuständig. In einigen Kommunen sind mehrere Träger in diesem Bereich aktiv (z.B. München, Berlin und Hamburg), in anderen wird die Pflegekinderhilfe zentral von einem Träger (Bsp. PiB gGmbH Bremen) übernommen. In einigen Kommunen, in denen der Bereich UMF in Gastfamilien derzeit ausgebaut wird, sind Träger im Gespräch, die bereits mit der stationären Unterbringung von UMF Erfahrungen haben (z.B. DonBosco in der Region Trier-Bitburg, Haus St. Josef in Eschweiler).

Ein anderer Ansatz wird in Bochum verfolgt. Dort gibt es mit „plan b“ einen Träger, der sich auf die Verbindung der Themen Migration und Kinder- und Jugendhilfe spezialisiert hat und dem Verbund Westfälische Pflegefamilien (WPF) angeschlossen ist. Der Schwerpunkt der interkulturellen Organisation plan b, der in der Akquise und Betreuung von Pflegefamilien mit Migrationshintergrund bzw. in der Schulung im Bereich kultursensible Kinder- und Jugendhilfe liegt, wird derzeit auf den Bereich UMF in Gastfamilien ausgeweitet. Die Besonderheit im Konzept von plan b liegt darin, dass sie die Vermittlung von UMF explizit als integrativen Bestandteil ihres bisherigen Konzeptes verstehen.

Der Katholische Sozialdienst (KSD) in Hamm hat 2011 ein Konzept zur Vermittlung von UMF in Gastfamilien entwickelt. Ebenso wie plan b ist der KSD Hamm dem Verbund Westfälischer Pflegefamilien (WPF) angeschlossen und damit den dort vereinbarten Qualitätsstandards verpflichtet.

Für Hamburg hat die PFIFF gGmbH - Pflege- und Patenkinder, Fachdienst für Familien () mit Hilfe von Drittmitteln der Aktion Mensch ein eigenes Konzept erstellt, nach dem erste Bewerber\_innen geschult werden und sich die Vermittlung von UMF in Familien anschließen soll.

Das Projekt ‚Kinder im Exil‘ des Freien Trägers ‚Pflegekinder in Bremen‘ (PiB gGmbH) besteht seit 2011 und verfolgt, vergleichbar mit Nürnberg, ein eigenes Konzept, welches spezifizierte Verfahrensabläufe, Eignungskriterien und Schulungen beinhaltet.

## **2. Haben diese spezielle Verfahren / Konzeptionen zu Gastfamilien für UMF**

Bundesweit erfüllen die Kommunen/Freien Träger Bremen (PiB gGmbH), Nürnberg (JA) und Hamm (Katholischer Sozialdienst, KSD) Vorreiterfunktion. An diesen drei Orten wurden bereits 2011/12 Gesamtkonzepte für die Akquise, Eignungsprüfung, Schulung und Begleitung von Gastfamilien entwickelt sowie eine Anzahl von Jugendlichen vermittelt. Darüber hinaus finden sich bundesweit in Bezug auf einzelne (Teil-)Bereiche vielversprechende, interessante konzeptionelle Ansätze und erste Praxiserfahrungen, die nachfolgend beschrieben werden. Die meisten Gesprächspartner\_innen berichten jedoch, dass sie bislang noch nicht über ein eigenes bzw. umfassendes Konzept für den Bereich ‚UMF in Gastfamilien‘ verfügen.

### **a. Personalbemessung**

In Bezug auf die Personalbemessung lässt sich grundlegend feststellen, dass alle Gesprächspartner über massive Überlastung klagen. Häufig wird deshalb betont, dass die Hilfeform Gastfamilie, wenn entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung stünden, deutlich stärker ausgebaut werden würde. Es wird auch häufig geäußert, dass es für diesen für einige Kommunen ganz neuen Bereich einen hohen Bedarf an Qualifizierung gibt, der jedoch wiederum mit den vorhandenen Ressourcen kaum gedeckt werden kann.

Über diese generelle Situationsbeschreibung hinaus ergibt sich auch hier ein sehr uneinheitliches Bild. Auf der Ebene der JÄ gibt es aufgrund der unterschiedlichen Einordnung (allgemeine Vollzeitpflege oder Pflege mit Sonderbedarfen) Schlüssel zwischen 1:10 und 1:45.

Auf der Ebene der freien Träger erfolgt überwiegend die Einordnung in den Bereich Sonderpflege mit einem Schlüssel von 1:10-1:20.

Vielorts wird der Bereich UMF in Gastfamilien derzeit mit den vorhandenen personellen Ressourcen abgedeckt. Die Gesprächspartner\_innen betonen jedoch, dass dies bereits jetzt und zukünftig verstärkt schwer machbar ist und es dringenden Bedarf nach eigenen Stellen für diesen Bereich gäbe, auch um hier Erfahrungswissen und Expertise zu bündeln und Kontinuität im Aufbau und in bestehenden informellen Vernetzungen zu gewährleisten.

Auch für die konzeptionelle Arbeit stellt sich die Personalsituation sehr unterschiedlich dar: von einem freien Träger mit einer drittmittelfinanzierten Stelle zur Konzeptentwicklung im Vorfeld (PFIFF gGmbH), über Konzeptentwicklung ohne eigene Stelle (zumeist durch Leitungsebene, Bsp. PiB/Bremen), über die Übernahme von Konzepten anderer bis hin zu

der häufig getroffenen Aussage, dass es derzeit keinerlei Ressourcen für eine Konzeptentwicklung oder Verschriftlichung gelebter Praxis gäbe.

Für die Schulungen von Gastfamilien wird i.d.R. auf freie Trainer\_innen auf Honorarbasis zurückgegriffen.

#### **b. Qualifikation und Schulung für Fachkräfte**

Insbesondere für den Bereich Schulung von Fachkräften fehlt es bislang noch an eigenen Konzepten. Vielmehr finden die Qualifizierungen gerade in Form von Erfahrungs- und Konzeptaustausch einzelner Akteur\_innen und Fachleute zumeist auf interkommunaler Ebene statt. So wurde mehrfach das Projekt ‚Kinder im Exil‘ von PiB/Bremen als Orientierungshilfe genannt und das Konzept des JA Nürnberg hat sich, auch über den Bereich Mittelfranken hinaus, zu einer Art Kompetenzpool entwickelt.

Als notwendige Voraussetzung für ein qualifiziertes Handeln in diesem Bereich wurden Kenntnisse über die Thematik Flucht und Asyl allgemein und die Flucht Minderjähriger (Herkunftsländer, Fluchtursachen, Fluchterfahrungen) im Besonderen genannt. Zudem werden asyl- und ausländerrechtliche Grundkenntnisse der Fachkräfte als notwendig erachtet. Dieses dienen nicht der Beratung der Jugendlichen in ausländerrechtlichen Fragen, sei aber zwingend vonnöten, um die Grundsituation der Jugendlichen zu verstehen, in der die Frage nach dem Aufenthaltsstatus und der Bleibensperspektive immer von zentraler Bedeutung ist und häufig eine der größten Belastungen für die Jugendlichen (und damit auch für die Gastfamilien) darstelle.

Ein zentraler Faktor für das Gelingen der Hilfeform ‚Gastfamilie‘ ist in der Matching-Phase zu sehen. Neben ausreichenden zeitlichen und personellen Ressourcen müssen nach Ansicht vieler Gesprächspartner\_innen die Fachkräfte hierzu besonders geschult werden.

Auch wenn die Einschätzung der Auswirkungen von Traumafolgestörungen der Jugendlichen auf das gesamte Familiensystem sehr stark variieren (siehe hierzu Punkt 2.h.) wird von den Gesprächspartner\_innen betont, dass über die generellen für die Pflegekinderhilfe notwendigen Kenntnisse zu den Themen Traumatisierung, Traumafolgestörungen und Traumabewältigung ein Wissen über fluchtspezifische Traumatisierungen dringend vonnöten sei.

Für die unterschiedlichen, mit dem Aspekt Flucht und Asyl verbundenen Themen werden von vielen Gesprächspartner\_innen insbesondere die **Schulungen des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige (B-UMF)** als hochqualifiziertes Weiterbildungsangebot hervorgehoben.

Über die spezifische Thematik Flucht und Asyl hinaus verweisen alle auf die besondere Bedeutung von interkultureller Kompetenz auf Seiten der Fachkräfte. An einigen Orten wird diese fachliche Expertise durch das Hinzuziehen externer Fachberater gewährleistet. Sehr gute Erfahrungen macht hier der Katholische Sozialdienst (KSD) Hamm mit der Zusammenarbeit mit einer Ethnologin, andere arbeiten insbesondere in der Anbahnungsphase mit Sprach- und Kulturvermittler\_innen zusammen. Wiederum andere greifen auf die intern vorhandene Expertise von Kolleg\_innen mit Migrationshintergrund zurück (JA Stuttgart, KSD Paderborn).

Aufgrund der erhöhten und spezifischen Bedarfe der Jugendlichen müssen die Fachkräfte als weitere notwendige Qualifikation über sehr gute Kenntnisse über die regional vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke verfügen.

### **c. Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Gastfamilien**

Es gab seit Anfang 2015 zahlreiche Zeitungsaufrufe von JÄ und Freien Trägern, in denen um Gastfamilien für UMF geworben wurde. In einer fortlaufend aktualisierten Übersicht des Pflegekinder-Online-Portals `Moses-online` werden Aufrufe aus über 80 Kommunen aufgelistet (Stand Anfang November 2015) (Vgl. [www.moses-online.de/nachrichten/2015\\_09\\_14/pflegefamilien-junge-fluechtlinge-gesucht-aktualisierte-liste](http://www.moses-online.de/nachrichten/2015_09_14/pflegefamilien-junge-fluechtlinge-gesucht-aktualisierte-liste)). Alle Gesprächspartner\_innen berichten, dass es im Sommer 2015 eine enorm hohe Resonanz auf Zeitungsaufrufe gab. Viele berichten aber auch von unzähligen Anfragen ohne vorherige Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt eine offenkundige Korrelation zwischen der Medienberichterstattung und der Resonanz resp. Nachfrage. Korrespondierend mit der Schließung der Grenze zu Österreich und einer verstärkten medialen Debatte über Belastungsgrenzen nehmen die Anfragen von Interessent\_innen wieder ab.

Viele Gesprächspartner\_innen berichten zudem, dass die Info-Abende (Sommer – September 2015) „aus allen Nähten platzten“ (bis zu 300 Teilnehmer\_innen). Viele JÄ bzw. Träger, die bislang Info-Abende für alle Pflegeformen gemeinsam angeboten haben, sind deshalb dazu übergegangen, eigene Informationsveranstaltungen für Interessent\_innen im Bereich Gastfamilien für UMF anzubieten. Aus Sicht des KSD Hamm erscheint die getrennte Information auch aufgrund der sehr differierenden Themenschwerpunkte sinnvoll.

In Bezug auf die Eignung der Interessent\_innen berichten alle Gesprächspartner\_innen, dass grob geschätzt 50% eher nicht in Frage kämen, da sie unrealistische Vorstellungen bzgl. des zu vermittelnden Kindes hätten (z.B. Anfragen nach unbegleiteten Babys oder konkrete Nachfragen nach Kindern aus den Nachrichtenbildern). Bei dieser Gruppe lasse das Interesse schnell nach, wenn sie erführen, dass es sich bei UMF überwiegend um männliche Jugendliche zwischen 15-17 Jahre handele. An einigen Orten ist es jedoch gelungen, durch gute Kooperation der jeweils zuständigen Bereiche gelungen, einen Transfereffekt zu erzielen und einen Teil dieser Interessent\_Innen für die Allgemeine Vollzeitpflege zu gewinnen. Die Gesprächspartner\_innen sehen hier eine deutliche Chance für die Pflegekinderhilfe, ihren Pool an Bewerber\_innen mit neuem Klientel zu erweitern.

Ebenfalls einig sind sich die Gesprächspartner\_innen in Bezug auf die "Andersartigkeit" der Interessent\_innen. Überwiegend handele es sich um Menschen, die sich für die Pflegekinderhilfe sonst eher schwer motivieren ließen: sie verfügten über einen hohen Bildungsstand, seien häufig etwas älter, häufig „empty-nest-Eltern“ mit Erziehungserfahrungen, seien sehr reflektiert und sozialpolitisch engagiert und kämen häufig aus der Flüchtlingsarbeit. Die Zusammenarbeit mit diesen Bewerber\_innen/Gastfamilien wird von Einigen als sehr angenehm, kooperativ und konstruktiv beschrieben.

Mit der gezielten Ansprache von migrantischen Communities gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Einige JÄ berichten, dass sie seit mehreren Jahren in dieser Richtung relativ erfolglos für die allgemeine Pflegekinderhilfe aktiv sind, und sich das Interesse auf Seiten der Communities erst mit den hohen Flüchtlingszahlen gewandelt habe.

Anders als an verschiedenen Stellen kolportiert (Facebook-Aufruf auf Türkisch und Arabisch, Zeitungsartikel über das JA Stuttgart) hat es bislang jedoch keine gezielte Suche nach muslimischen Pflegefamilien für UMF gegeben. Insbesondere die sich auf verschiedene Orte (u.a. Stuttgart und Hamm) beziehenden Facebook-Aufrufe in muslimischen Communities, in denen verbreitet wurde, dass umgehend eine große Anzahl an Familien gesucht würde, diese keine spezifische Qualifikation mitbringen müssten und eine monatliche Aufwandsentschädigung erhielten, haben deutliche Probleme bereitet (u.a. Zusammenbruch der städtischen Telefonanlage in Hamm). Auch wenn derartige Eigeninitiativen nicht verhindert werden können, wird hier die Bedeutung von guter Öffentlichkeitsarbeit und umfangreicher Information deutlich.

Die nachfolgenden JÄ/Freie Träger haben **eigene Flyer** erstellt und im Internet zugänglich gemacht:

**Bremen (PiB):**

[www.pib-bremen.de/images/broschueren/pib%20flyer%20jungendliche%20flchtlinge%20suchen%20einen%20sicheren%20ort.pdf](http://www.pib-bremen.de/images/broschueren/pib%20flyer%20jungendliche%20flchtlinge%20suchen%20einen%20sicheren%20ort.pdf)

**Nürnberg (JA):**

[www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/temp/vollzeitpflege\\_faltblatt\\_fluechtlinge.pdf](http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/temp/vollzeitpflege_faltblatt_fluechtlinge.pdf)  
[www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/pflegekinder\\_vollzeitpflege\\_infomappe\\_fluechtlinge.pdf](http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/pflegekinder_vollzeitpflege_infomappe_fluechtlinge.pdf)

**Stuttgart (JA):**

[www.stuttgart.de/img/mdb/item/280929/87896.pdf](http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/280929/87896.pdf)

**Südniedersachsen (Jugendhilfe Südniedersachsen e.V.):**

[www.jugendhilfe-sued-niedersachsen.de/cms/upload/PDF-Dokumente/flyer\\_ju\\_hilfe\\_DRUCK\\_9\\_april.pdf](http://www.jugendhilfe-sued-niedersachsen.de/cms/upload/PDF-Dokumente/flyer_ju_hilfe_DRUCK_9_april.pdf)

Die nachfolgenden JÄ/Freien Träger verfügen über **eigene Internetseiten mit** ausführlichen Informationen für den Bereich UMF in Gast- resp. Pflegefamilien:

**Bayern (LJA):**

[www.blja.bayern.de/service/fluechtlingshilfe.php](http://www.blja.bayern.de/service/fluechtlingshilfe.php)

**Bremen (PiB):**

[www.pib-bremen.de/kinder-im-exil](http://www.pib-bremen.de/kinder-im-exil)

**Hamburg (PFIFF):**

[www.pfiff-hamburg.de/junge-fluechtlinge/](http://www.pfiff-hamburg.de/junge-fluechtlinge/)

#### **d. Kriterien für die Eignung von Jugendlichen**

Die Bedarfsklärung erfolgt während der Clearingphase. Die Gesprächspartner\_innen mit mehrjähriger Erfahrung (PiB/Bremen, KSD Hamm, JA Nürnberg) betonen die Bedeutung einer angemessenen Personalbemessung und ausreichend Zeit während dieser Phase.

In Bezug auf die Einschätzung, ob eine Gastfamilie die geeignete Hilfeform ist, variieren die Aussagen sehr stark: einige Gesprächspartner\_innen sagen, dass sie diese Hilfeform in der Vergangenheit einbezogen hätten, aber aufgrund von schlechten Erfahrungen eine bewusste Entscheidung getroffen hätten, diesen Weg nicht weiter zu verfolgen (JA Kiel). Andere stellen heraus, dass die Hilfeform Gastfamilie nicht im Interesse der Jugendlichen sei. Diese seien ein Leben mit einem sehr hohen Maß an Autonomie gewöhnt und wollten sich nicht mehr in relativ enge familiäre Strukturen hineinfinden bzw. würden den Kontakt zu ihrer Peergroup in den Wohngruppen bevorzugen (JA Saarbrücken).

Es herrscht übereinstimmend die Ansicht, dass Gastfamilie nur für einen kleineren Anteil der Jugendlichen die geeignete Hilfeform darstellt. Als Gründe hierfür werden genannt:

- Viele Jugendliche bevorzugen Peer-Group-Bezug in Gruppenunterbringung
- Offenkundige Traumatisierung überfordern die Gastfamilien
- Bestehende enge familiäre Bindungen, von daher auf Seiten der Jugendlichen kein Bedürfnis nach neuen Familien
- Sorge vor Loyalitätskonflikt bei Einlassen auf neue Familien
- Strukturelle Überforderung der Pflegekinderhilfe: eingehende einzelfallbezogene Prüfung, gutes Matching und gute Begleitung brauchen Zeit und Ressourcen, die nicht vorhanden seien.

Als Eignungskriterien auf Seiten der Jugendlichen werden genannt:

- Bereitschaft, sich auf ein familiäres System mit eigenen Regeln einzulassen
- Bereitschaft zur Offenheit in Bezug auf andere kulturelle Sitten. Hier wird u.a. die Bedeutung des Essens und Kochens für die Jugendlichen und ihr großer Wunsch, sich selbst ihr Essen (ggf. Halal) zubereiten zu können, betont
- Keine offenkundigen, akuten Traumatisierungen
- Kein offensichtlich vorhandenes Gewaltpotenzial

Kein Jugendamt nannte Grundkenntnisse der deutschen Sprache als Voraussetzung. Vielmehr wurde betont, dass es Möglichkeiten der Verständigung geben müsse, dies könne aber auch das Beherrschen einer gemeinsamen Drittsprache (i.d.R. Englisch oder Französisch) beinhalten. Hervorgehoben wurde, dass es seitens der Jugendlichen und der Familien insbesondere in der Anfangszeit die Bereitschaft geben müsse, Probleme der sprachlichen Verständigung kreativ zu lösen. Betont wurde aber auch die Notwendigkeit, den Familien für schwierige Gespräche Dolmetscher\_innen an die Seite zu stellen.

Als Ausschlusskriterium werden ein zu hohes Alter (kurz vor der Volljährigkeit) und insbesondere eine offenkundige Traumatisierung (PiB/Bremen) genannt. Ist von einer Traumatisierung auszugehen, sei eine Vermittlung aufgrund des hohen Risikos einer Überforderung der Gastfamilien nicht sinnvoll. Dies hat ungewollt genderspezifische Implikationen: Die sich anteilmäßig in der Minderheit befindenden Mädchen (zwischen 10 und 20%<sup>3</sup>), die unbegleitet nach Deutschland kommen, sind durch genderspezifische Traumatisierungen in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht verhältnismäßig stärker und öfter von Traumatisierungen betroffen.

In Bezug auf das Thema Traumatisierung der UMF warnt der B-UMF vor einer vorschnellen Pauschalviktimsierung. Zugleich macht er deutlich, dass in nicht wenigen Fällen die Bleibensperspektive der Jugendlichen vom Nachweis einer Traumatisierung abhänge, sie somit befürchten würden, durch eine Gesundung ihre Bleibensperspektive zu gefährden. Hieraus entstehen spezifische Konfliktlagen für eine am Kindeswohl orientierte Kinder- und Jugendhilfe.

Viele JÄ und Freie Träger betonen, dass sie mit der Vermittlung von Jugendlichen in Gastfamilien sehr gute Erfahrungen insbesondere dann machen, wenn der Bedarf und die Eignung für die Aufnahme in eine Familie eingehend und mit umfassender Partizipation der Jugendlichen geprüft worden sei. Insbesondere wird betont, wie schnell diese Jugendlichen sich einfinden würden, wie rasant der Erwerb der deutschen Sprache in der Familie sei und wie hochmotiviert sie seien, im Bereich schulischer Bildung aufzuholen. In diesem Sinne unterscheidet sich, so die Darstellung vieler Gesprächspartner\_innen, die Gruppe der UMF deutlich von anderen Jugendlichen in der Jugendhilfe.

<sup>3</sup> Quelle: taz vom 22.9.2015: Junge Flüchtlinge in Deutschland

#### e. Kriterien für die Eignung von Gastfamilien

Bei den Kriterien für die Eignung von Gastfamilien reicht die Bandbreite von reduzierter Schnellprüfung unterhalb der sonst geltenden Standards (nur Gesundheitszeugnis, Führungszeugnis, Bewerber\_innen-Fragebogen) bis hin zur Entwicklung eines eigenen Kriterienkataloges.

Bei den spezifizierten Eignungsprüfungen werden folgende Kriterien genannt:

- Interkulturelle Kompetenz
- Erfahrung im Umgang mit Jugendlichen
- Erfahrungen aus dem Bereich Flucht und Asyl
- Ambiguitätstoleranz
- Bereitschaft, sich auf traumatisierte Jugendliche einzulassen, trotz begrenzter Perspektive (u.a. wegen Familiennachzug)
- Bereitschaft, den Kontakt zur Herkunftsfamilie zu begleiten
- Bereitschaft, sich auf schmerzhaft Realitäten einzulassen.

Hierbei handelt es sich generell um weiche Kriterien.

Das **JA Nürnberg** hat einen ausführlichen **Fragebogen für die Bewerber\_innen** entwickelt, der zu Beginn des Verfahrens eingesetzt wird. In diesem werden neben den konkreten Vorstellungen bzgl. eines aufzunehmenden Kindes (Alter, Geschlecht, Herkunft, kultureller Kontext) detailliert eigene Motivation, Einschätzungen zur eigene Belastbarkeit, Erfahrungen im interkulturellen Kontakt und Vorwissen zu den Bereichen Flucht und Asyl (insbesondere von Kindern) erfragt. Dieser Fragebogen dient auch dazu, die Bewerber\_innen zu einem frühen Zeitpunkt zur Reflexion über Themen zu veranlassen, die mit der Aufnahme eines UMF verbunden sein können. Auf diese Weise können sich auch die eigenen Ressourcen im Bereich Akquise auf diejenigen Bewerber\_innen konzentrieren, deren Interesse zur Aufnahme eines UMF auf der Grundlage von Informationen und Reflexionen basiert.

Die von vielen Pflegekinderdiensten praktizierte Einhaltung der Geschwisterfolge bei der Vermittlung eines Kindes in eine Pflegefamilie wird überwiegend als weiches Kriterium in Form der Einzelprüfung entschieden und kommt bei den Gastfamilien eher nicht zur Anwendung. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es auch bei Vermittlung der zumeist schon älteren Jugendlichen in Familien mit jüngeren Kindern zu ausgesprochen erfolgreichen Gastfamilienkonstellationen kommt.

Betont wird außer in den Kommunen mit einer Schnellprüfung, dass über diese weichen Kriterien hinaus alle für die Pflegekinderhilfe gängigen Kriterien und Standards relevant sind.



Es besteht bei der überwiegenden Anzahl der Gesprächspartner\_innen die große Sorge, dass die Suche nach schnellen Lösungen (u.a. wegen Mangel an stationären Plätzen) zur Herabsetzung der Standards der Pflegekinderhilfe allgemein und der gerade erst entwickelten Standards in Bezug auf die Arbeit mit UMF führen könnte.

#### **f. Schulung für Gastfamilien**

In Bezug auf die Schulung der Gastfamilien wird die Notwendigkeit einer qualifizierten Schulung stark betont und unterstrichen, dass es auch hier nicht um schnelle Lösungen auf Kosten von Standards und Qualität gehen darf. Vereinzelt findet sich im Bereich der Übergangspflege auch die Eignungsprüfung und Vermittlung im Schnellverfahren. Der Abschluss der Schulung wird nicht an allen Orten vorausgesetzt für die Aufnahme eines Jugendlichen, in der Praxis finden an einigen Orten nach einer generellen Eignungsprüfung Schulung und Anbahnung auch parallel statt. Zahlreiche Gesprächspartner\_innen berichten auch von Schwierigkeiten, den Interessent\_innen zu vermitteln, dass es trotz der offensichtlich dringenden Bedarfe und der vorhandenen Bereitschaft zur Aufnahme eines Jugendlichen ein formalisiertes Verfahren gibt, welches seine Zeit (von den Erstgesprächen bis zum Abschluss der Schulung) brauche. Hier könnte ein Übergangskonzept wie es in München (siehe Punkt 2.j.) praktiziert wird, evtl. Abhilfe schaffen.

Die Form und der Umfang der Schulungen variieren stark. An einigen Orten wird der Abschluss einer umfangreichen Grundschulung (wie für die anderen Pflegeformen) ergänzt um die Teilnahme an spezifizierten Wahlpflichtmodulen vorausgesetzt (Bsp. PiB/Bremen), an anderen Orten findet für Pflegeeltern von UMF nur eine spezifizierte Schulung statt, welche an einige Orten curricular festgelegt ist (Bsp. LJA Brandenburg, JA Nürnberg, KSD Paderborn, PFIFF Hamburg). Während bei vielen JÄ und Freien Trägern in der Vergangenheit Grundschulungen für alle Formen der Pflegekinderhilfen häufig noch gemeinsam durchgeführt und erst in Aufbaumodulen spezifiziert wurden, gibt es eine deutliche Tendenz, die Schulungen zukünftig von Beginn an getrennt anzubieten. Dies wird zum einen mit der hohen Nachfrage im Bereich UMF in Gastfamilien und zum anderen mit den deutlich anderen inhaltlichen Schwerpunkten begründet. Als spezifizierte Schulungsthemen werden genannt:

- Informationen über UMF: Herkunftsländer, Fluchtursachen, Fluchterfahrungen
- Asyl- und Ausländerrecht
- Integration
- Schule und Ausbildung
- Ankommen in einem fremden Land
- Rollen im Pflegeverhältnis
- interkulturelles Training
- Jugendstrafrecht
- Traumatisierung, Traumafolgestörungen und Traumabewältigung
- Krisenintervention.

Zugleich fallen nachfolgende Themen, die regelmäßig in der Schulung im Bereich der Allgemeinen Vollzeitpflege behandelt werden, weg:

- Bindung
- Arbeit mit Herkunftsfamilien (hier wären stattdessen Angebote in Bezug auf die familiären Aufträge der Jugendlichen und deren Auswirkungen auf das Familienleben zu entwickeln).

#### **g. Finanzielle Leistungen für die Gastfamilien**

Die Einordnung dieser Hilfeform und damit ihre Ausstattung mit finanzieller und beraterischer Ressource erfolgt uneinheitlich: Es wird entweder die Notwendigkeit der Einzelfallprüfung für die Festlegung des Pflegegeldes betont oder es erfolgt eine generelle Einordnung in den Bereich Sonderpflege nach § 33, Satz 2 mit einem besseren Beraterschlüssel und einer komfortableren finanziellen Ausstattung.

Für eine generelle Einordnung in den Bereich Sonderpflege spricht aus der Sicht einiger Kommunen und Freien Trägern die bei UMF grundsätzliche anzunehmende erhöhte Belastung der Familien aufgrund von

- Traumatisierung und Traumafolgestörungen
- Sprachbarrieren
- Kulturfremdheit
- schwieriger Rechtssituation der Jugendlichen, durch die die gesamte Familie stark gefordert und belastet wird.

#### **h. Begleitung der Gastfamilien**

Alle Gesprächspartner\_innen betonen das hohe Maß an Verantwortung und Belastung für die Familien. Mit der Aufnahme eines UMF kommen komplexe, i.d.R. nicht vertraute Themen in den Familienalltag (aufenthaltsrechtliche Fragen, Traumatisierungen, Aufträge der Jugendlichen von Seiten der Herkunftsfamilien, etc.). Eine professionelle, gute Begleitung der Gastfamilien wird als entscheidend für ein Gelingen der Hilfeform ‚UMF in Gastfamilien‘ hervorgehoben.

#### Schule und Ausbildung

Die Gesprächspartner\_innen mit Praxiserfahrung berichten, dass das Thema Schule und Ausbildung für die Jugendlichen von zentraler Bedeutung ist. Eine gute Zusammenarbeit mit den schulischen Pädagog\_innen stelle für die Gastfamilien zudem eine deutliche Entlastung dar. Einige JÄ sehen in Bezug auf die Beschulung von UMF noch einen deutlichen Handlungsbedarf auf Seiten des Schulsystems.

#### Traumatisierungen und Traumafolgestörungen

Traumafolgestörungen sind überall dort, wo es spezifizierte Schulungen gibt, Schulungsthema für die Gastfamilien. Allerdings berichten die Gesprächspartner\_innen über

sehr unterschiedliche Erfahrungen, was die Auswirkungen von Traumafolgestörungen auf die Familiensysteme angeht. So berichtet das JA München (derzeit 30 UMF in Gastfamilien), die Familien seien durch Traumafolgestörungen (selbstverletzendes Verhalten, Suizidandrohungen u.a.) z.T. massiv belastet, wohingegen die mehrjährige Erfahrung von PiB/Bremen (derzeit 25 UMF in Gastfamilien) ist, dass Traumafolgestörungen wider Erwarten in den Familien kaum auftreten bzw. Thema sind. PiB interpretiert dieses Phänomen so, dass der ungeklärte Aufenthaltsstatus für die Jugendlichen so belastend sei und eine so große Unsicherheit erzeuge, dass für die Traumabewältigung in dieser Phase des Ankommens noch kein Raum sei. Möglicherweise erklärt sich der große Unterschied der Erfahrungen in München und Bremen auch dadurch, dass es in Bremen die Grundsatzentscheidung gibt, keine offenkundig traumatisierten Jugendlichen in Familien zu vermitteln und es darüber hinaus hier verhältnismäßig mehr Ressourcen gibt, um in der Clearingphase und im Matching sehr genau einzelfallorientiert zu entscheiden.

#### Störungen und Konflikte

Wie in allen anderen Pflegeformen haben Gastfamilien von UMF überall die Möglichkeit einen Antrag auf Einzelsupervision zu stellen.

Der Katholische Sozialdienst (KSD) Hamm hat zudem eine besondere Form der Unterstützung entwickelt:

Der **KSD Hamm** berichtet von ausgesprochen guten Erfahrungen, bei Störungen und Konflikten eine **mit der Thematik und den Herkunftskulturen vertrauten Ethnologin** hinzuziehen:

So führte z.B. das konsequente Vermeiden des Blickkontaktes eines Jugendlichen bei den Gasteltern und den Pädagoginnen in der Schule zu einer von unserer Kultur ausgehenden Interpretation der Teilnahmelosigkeit und des Desinteresses auf Seiten des Jugendlichen, woraus sich Probleme für den Kontakt und die pädagogische Arbeit ergaben.

Durch das Kontextualisieren des Verhaltens in den kulturellen Hintergrund konnten die Probleme schnell gelöst werden:

Der Jugendliche kam aus einem osteuropäischen Land, in dem die strikte Vermeidung von Blickkontakt mit Erwachsenen ein Ausdruck des Respektes darstellt.

#### Strukturelle Unterstützung

Eine strukturelle Entlastung der Familien erfolgt in erster Linie durch die Vormünder der Jugendlichen. In einigen Städten wird den Gastfamilien aus Sorge vor Überlastung explizit davon abgeraten, die Vormundschaft für die Jugendlichen selbst zu übernehmen.

Zur gezielten strukturellen Unterstützung der Familien finden sich nur sehr vereinzelt Ansätze:

Das **JA Freising** begleitet die Familien in der Anfangsphase durch **auf Flüchtlinge spezialisierte Familienhelfer** (siehe Punkt 2.j.)

In **Hessen** werden zur Entlastung der Vormünder und um eine fachjuristische Beratung der Jugendlichen sicherzustellen, den Jugendlichen **asyl- und ausländerrechtlich ausgebildete Verfahrensbeistände** an die Seite gestellt. Die Jugendämter machen hiermit sehr gute Erfahrungen.

#### **i. Partizipation und Begleitung der Flüchtlinge**

Grundlegende Voraussetzung für eine Partizipation der Jugendlichen bei der Hilfeplanung ist, dass sie über ihre Situation sowie über ihre Rechte und Möglichkeiten (hier insbesondere in Bezug auf die im KJHG vorgesehenen unterschiedlichen Hilfeformen) informiert sind.

Viele Gesprächspartner\_innen berichten, dass es für die Jugendlichen sehr schwer ist, das deutsche Jugendhilfesystem und die Rolle, Aufgaben und Entscheidungskompetenzen der unterschiedlichen mit ihnen im Kontakt stehenden Akteur\_innen und Institutionen (Ausländerbehörde, BaMF, JA, Einrichtungen, freie Träger; Vormünder, Betreuer\_innen, Case-Manager\_innen, Mitarbeiter\_innen der PKD...) zu verstehen. Der **Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF)** hat hierzu die **mehrsprachige Broschüre (Arabisch, Englisch, Deutsch) „Willkommen in Deutschland“** erstellt, die häufig eingesetzt wird:  
[www.b-umf.de/de/publikationen/willkommensbroschuere](http://www.b-umf.de/de/publikationen/willkommensbroschuere)

Allerdings berichten viele Gesprächspartner\_innen, dass das Aushändigen der Broschüre bei weitem nicht ausreicht, um die vorgesehene Partizipation zu ermöglichen. Hierfür brauche es vor allem direkte, vermittelnde Gespräche unter Hinzunahme von Sprach- und Kulturvermittler\_innen, welche aber sehr häufig aufgrund mangelnder Ressourcen nicht möglich seien.

**PiB/Bremen** betont, dass vor dem Hintergrund von kulturell sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit und Vorstellungen von Familie, die eingehende Information der Jugendlichen darüber, was sie in einer Familie hier erwartet, von zentraler Bedeutung sei. Eine **durch ausreichende personelle Ressourcen und Information ermöglichte Partizipation** der Jugendlichen könne auch dem Problem entgegenwirken, dass sich die Jugendlichen bei spezifischen Bedarfen und Bedürfnissen an mehrere Beratungsstellen zugleich wendeten. Hier brauche es neben einer guten Koordination auch den Aufbau von Vertrauensverhältnissen zwischen den einzelnen beteiligten Stellen und Akteur\_innen (JÄ, freie Träger, Betreuer, AVs, Einrichtungsleitungen,...).

In Bezug auf die Begleitung der in Gastfamilien vermittelten Jugendlichen besteht noch sehr großer Entwicklungs- und Handlungsbedarf. Es gibt bisher nur an einigen Orten organisierte Gruppen für UMF in Gastfamilien (PiB/Bremen, Stuttgart). Diese liefern insbesondere dann gut, wenn sie von Pädagogen mit Migrationshintergrund geleitet würden und seien von hoher Bedeutung für die Jugendlichen.

#### **j. Übergänge (z.B. aus den Erstversorgungseinrichtungen; Care-Leaver)**

Für die Übergangsphase aus der Erstversorgungseinrichtung gibt es nur ganz vereinzelt Konzepte. Betont wird allerdings immer wieder die ausschlaggebende Bedeutung der Begleitung der Übergangsphase, die in der Regel jedoch mit den vorhandenen Personalressourcen in den Diensten bewerkstelligt werden muss.

Das **JA München** hat in Kooperation mit **den Münchener Mentoren e.V.**, einem freien Träger mit hoher asyl- und ausländerrechtlicher Kompetenz und einem Schwerpunkt in der Akquise und Schulung von ehrenamtlichen Vormündern und Paten, ein Konzept entwickelt, bei dem **für die Phase der Anbahnung (und Abschluss der Gastfamilien-Schulung) eine Patenschaft zwischen dem Jugendlichen und den zukünftigen Gasteltern verpflichtend** ist. Durch diesen frühzeitigen Beziehungsaufbau soll die Phase des Übergangs erleichtert und das Gelingen des Pflegeverhältnisses begünstigt werden.

Das **JA Freising** begleitet die Phase des Übergangs mit hierauf **spezialisierten Familienhelfern**, die den Jugendlichen und die Gastfamilie für die Dauer von 4 Monaten mit einem Stundenkontingent von 30h/Monat (1. + 2. Monat) bzw. 25h/Monat (3. + 4. Monat) zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus finden sich wiederkehrende Berichte, dass bereits vorhandene Einzelvormünder, Betreuer\_innen oder Pat\_innen zu Pflegeeltern werden. Für diese Fälle ergab sich die Gestaltung der Übergänge und aus der Praxis und ging mit dem Aufbau einer Vertrauensbeziehung einher.

Für Care-Leaver gibt es bislang keine Konzepte.

### **3. Wie ist die strukturelle Einbindung / Vernetzung / regionale Zusammenarbeit?**

#### Kooperationsverträge

An zahlreichen Orten bestehen Kooperationsverträge zwischen den JÄ und Freien Trägern. Diese beziehen sich entweder auf die grundsätzliche Übertragung des gesamten Bereichs Pflegekinderhilfe, auf die Übertragung des Bereichs Pflegekinderhilfe für UMF oder auf die Übertragung einzelner Elemente wie Betreuung und Begleitung der Gastfamilien (siehe hierzu auch Punkt 1.b).

Darüber hinaus kooperieren zwei LJÄ für die Entwicklung von Konzepten und Empfehlungen mit Hochschulen: das LJA Niedersachsen mit der Universität Hildesheim und der Hochschule Hannover, das LJA Brandenburg mit der Hochschule Potsdam.

#### Vernetzung und regionale Zusammenarbeit

In der Praxis haben sich darüber hinaus zahlreiche nicht formalisierte Kooperationen entwickelt, die in ihrer Bedeutung bzw. Notwendigkeit immer wieder betont wurden. In zahlreichen Regionen finden derzeit Austausch- und Koordinationstreffen zwischen Jugendämtern, Freien Trägern und externen Fachleuten statt (Hessen, Niedersachsen, Brandenburg, Franken u.a.).

Da im Fall der UMF eine Vielzahl an Personen und institutionellen Bereichen beteiligt sind, ist die gute Vernetzung und Kooperation der Akteur\_innen vor Ort (auch über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus) zentral um Reibungsverluste zu minimieren. Auf behördlicher Seite wird deshalb vielerorts eng mit der kommunalen Ausländerbehörde zusammengearbeitet.

Insbesondere in Bezug auf Expertise aus den Bereichen Flucht und Asyl und interkulturelle Kompetenz wird darüber hinaus gezielt der Austausch mit migrantischen Communities, kommunalen Migrationsräten oder wie im Bsp. Frankfurt/Main die Kooperation mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten gesucht. Der KSD Hamm arbeitet (wie unter Punkt 2.h. bereits beschrieben) eng mit einer Ethnologin zusammen, die sowohl in den Vorgesprächen, als auch bei der Anbahnung und bei Problemen und Konflikten eingesetzt wird.

#### 4. Offene Diskussionspunkte

- Gezielte **Suche nach Gastfamilien**: Wo? Wie?
- Wie können **Patenschafts- oder Mentor\_innenprojekte** stärker integriert werden?
- Qualifizierung von Fachkräften im Bereich **interkulturelle Kompetenz**. Hier vor allem Klärung: was meint ‚Interkulturelle Kompetenz‘ im Kontext der Pflegekinderhilfe und wie ist diese zu erlangen?
- Wie kann Gastfamilien der Zugang zu zusätzlichen **Ressourcen für zusätzliche Leistungen** (Dolmetscher\_innen, Therapeut\_innen, Lehrer\_innen) zugänglich gemacht werden?
- Wie könnten **Partizipations- und Beschwerdemöglichkeiten** eröffnet werden?
- **Die Arbeit mit Herkunftsfamilien** stellt in der Pflegekinderhilfe und in der Schulung der Pflegefamilien ein zentrales Element dar. Die UMF verfügen häufig über sehr enge emotionale Bindungen zu ihren Familien und erhalten von diesen Aufträge, die für die Jugendlichen und die Gastfamilien Belastungen darstellen können. Was bedeutet dies für Schulungen von Fachkräfte und Gastfamilien? Wie können die leiblichen Familien der Jugendlichen in den Fokus der Fachdienste einbezogen werden?
- Das Thema **Übergänge** ist für das Wohl und die Partizipation der Jugendlichen, das Gelingen der Hilfeform Gastfamilie von zentraler Bedeutung. Wie müssten hier Konzepte, insbesondere für Care-Leaver, aussehen?
- Gastfamilien können in **spezifische Konfliktsituationen** kommen: als öffentliche Familie sind sie zur offenen und vertrauensvollen Kooperation mit den Behörden angehalten, als möglicherweise Mitwissende von Legendenbildung der UMF, welche für die Jugendlichen aus aufenthaltsrechtlichen Gründe oft als notwendig erscheinen, entstehen somit Spannungen. Wie können die Familien in dieser Paradoxie fachlich qualifiziert und vertrauensvoll begleitet werden?
- Das Thema **Verwandten- und Netzwerkpflege** ist bisher noch vollkommen unzureichend beleuchtet. Wie müssten eigene Konzepte, auch für die Suche und / oder Zusammenführung von Jugendlichen zu Verwandten und deren Begleitung aussehen?

Stand 16.11.15